



28. Oktober 2016

„Atommüll-Zwischenlager in Biblis - Eine unendliche Geschichte

Die Initiative Atomausstieg Groß-Gerau befasste sich mit Atommüll –Zwischenlagern, insbesondere mit dem Lager Biblis. Für 40 Jahre gibt es dort eine Genehmigung zur Aufbewahrung des hoch radioaktiven Mülls. Dann soll ein Endlager gefunden worden sein. Doch niemand glaubt mehr an diesen Zeithorizont. Was ist zu tun?

Zunächst einmal stellte die Gruppe fest, dass nach der Stilllegung des AKW Biblis für die hiesige Bevölkerung die unmittelbare Gefahr eines schweren Unfalls, mit massiver radioaktiver Freisetzung, gebannt ist. Dies sei auch ein Verdienst der Anti-Atombewegung, die sich nicht entmutigen ließ, gegen diese Form der Energiegewinnung zu kämpfen.

Aber die hochradioaktiven Abfälle strahlen mindestens noch eine Million Jahre, ein Zeitraum, der sich jeglicher Vorstellungskraft entzieht. Das AKW-Biblis ist nun zu einem Zwischenlager für diesen Müll geworden. Wie kam es dazu, so fragte sich die Initiative. Nach dem Stopp der Lieferung der Brennelemente in die Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague und Sellafield und anschließend zum zentralen Zwischenlager Gorleben, wurden zwölf AKW zu dezentralen Zwischenlager-Standorten erweitert, auch Biblis. Seit 2006 lagert das AKW seinen Müll in Castoren vor Ort, mittlerweile sind dies 51. Durch den Rückbau kommen aktuell noch 51 dieser Behälter dazu sowie zukünftig sieben aus Sellafield.

Für 40 Jahre gibt es eine Genehmigung das Zwischenlager, dann soll alles in ein „Endlager“. Dieses ist nun in weite Ferne gerückt. Lediglich Kriterien für die Suche gibt es. Der Bürgermeister von Biblis glaubt nicht einmal an das Jahr 2080, andere sprechen von der Jahrhundertwende.

Es ist zu befürchten, so die Initiative, dass die Castoren undicht werden, vor allem an den Dichtungen und den Öffnungen im Deckel, man habe ja keine Erfahrungswerte. Auch die Standhaftigkeit der Lagerhalle gegen terroristische Angriffe sei trotz den Verstärkungen der Mauern ein großes Problem.

Das gleiche Gefahrenpotential gilt für eine neue Halle, in der schwach- und mittelradioaktiver Müll und Schutt aus dem Rückbau gelagert werden soll. Auch für diese Müllsorte ist ungewiss, wann das „Endlager Schacht Konrad“ bereit stehen wird.

Viele Kenner der Materie befürchten, dass aus den Zwischenlagern „Endlager“ werden. Deshalb fordert die „Initiative Atomausstieg Groß-Gerau“ die Politik auf, Nachrüstungen oder den Neubau robuster Lagerhallen vorzunehmen und eine Überwachung zu sichern.

Die Gesundheit der Bürger muss im Vordergrund stehen, zumal nun eine Gesetzesvorlage vorsieht, die Verantwortung für die Zwischen- und Endlagerung von Atommüll dem Staat zu übertragen. Die Allgemeinheit trägt dann alle zukünftigen Risiken.

Eine ausführliche Hintergrundinformation zum Thema, mit zahlreichen Quellenangaben, hat die Initiative erarbeitet und auf ihrer Webseite eingestellt: www.atomausstieg-gg.de